

V1 Keine Gasförderung vor Borkum - Alle Mittel der Landesregierung nutzen.

Antragsteller*in: Mara Kleine (KV Düsseldorf)

Tagesordnungspunkt: 3 Verschiedenes

Antragstext

- 1 Wir Düsseldorfer GRÜNE schließen uns dem Beschluss der
- 2 Bundesdelegiertenkonferenz vom 29.11.2025 an.
- 3 Wir lehnen die Erschließung neuer Gasfelder und damit auch die geplante
- 4 Gasförderung vor Borkum ab. Wir befürworten die Gegenstimme im Bundesrat und
- 5 Bundestag gegen das Unitarisierungsabkommen, was die Gasförderungen vor Borkum
- 6 rechtlich regelt.
- 7 Wir stärken somit unserer Ministerin Mona Neubaur und allen
- 8 Bundesratsmitgliedern von Bündnis90/Die Grünen den Rücken und stehen an der
- 9 Seite von Menschen aus Borkum, Umweltverbänden und der Klimabewegung, die sich
- 10 schon lange gegen die Gasbohrungen vor Borkum einsetzen.

Begründung

Wir stecken mitten in einer eskalierenden Klimakrise. Neue Gasbohrungen dürfen nicht stattfinden – weder vor Borkum noch anderswo.

Gas ist keine grüne Brückentechnologie, sondern ein fossiler Klimakiller: Es besteht überwiegend aus Methan, das in 20 Jahren 84-mal klimaschädlicher ist als CO₂ und damit sogar schädlicher als Kohle.

Das Projekt vor Borkum zeigt die dramatischen Folgen: Nur 200 Meter vom Weltnaturerbe Wattenmeer bohrt der niederländische Konzern One Dya nach Erdgas. Dabei gelangen Schwermetalle und toxische Stoffe ins Meer, der Meeresboden kann sich absenken, Riffe werden geschädigt, und Unterwasserlärm gefährdet Meerestiere bis hin zum Tod. Zudem drohen durch die Absenkung des Meeresbodens Erdbeben – mit möglichen Folgen für die Trinkwasserblase der Insel und dem Tourismus.

Jetzt haben die GRÜNEN die historische Chance, dieses zerstörerische Projekt zu stoppen: Das Gasfeld liegt halb in deutscher, halb in niederländischer Nordsee. Das dafür nötige Unitarisierungsabkommen braucht die Zustimmung von Bundestag und Bundesrat. Die Landesregierungen mit grüner oder linker Beteiligung haben die absolute Mehrheit im Bundesrat und damit die Möglichkeit, zusammen die Gasbohrungen vor Borkum zu verhindern.

Eine Regierung mit grüner Beteiligung darf einem solchen klima- und umweltschädlichen Projekt nicht zustimmen – vor allem in Nordrhein-Westfalen können wir es uns, vor den Landtagswahlen, nicht leisten einem solchen Projekt zuzustimmen und so unsere Wählerschaft dermaßen zu enttäuschen.

Wir GRÜNE sind die politische Kraft, welche die Klimakrise ernst nimmt, bekämpft und sie als Frage von Gerechtigkeit, Wirtschaft und Verteilung begreift. Wir sind die ökologische Partei unserer Zeit.

Neue Gasbohrungen würden Deutschland jahrelang an fossile Projekte binden und genau diese finanziellen Mittel würden dann bei der sozial gerechten Energiewende fehlen, die wir Grüne, wie keine andere Partei, voranbringen.

Unterstützer*innen

Frieda Niewald (KV Düsseldorf); Lukas Schirmer (KV Düsseldorf); Beate Beering (KV Düsseldorf); Finn Zimmermann (KV Düsseldorf); Lilli Hampeter (KV Düsseldorf); Hannah Zabielski (KV Düsseldorf); Christine Namislo (KV Düsseldorf); Lukas Himmel (KV Düsseldorf); Uwe Zimmermann (KV Düsseldorf); Lukas Sokolowski (KV Düsseldorf); Maximilian Fries (KV Düsseldorf); Diana Hein (KV Düsseldorf); Lennart Brandt (KV Düsseldorf); Gerhild Loer (KV Düsseldorf); Michael Dürselen (KV Düsseldorf)